

Reiner Tietz
Griebener Weg 10
16766 Kremmen

16.01.2011

Presseerklärung

Bundesministerium fordert Gesinnungsschnüffelei

Nun ist die Katze aus dem Sack. Was bisher mit einer einfachen Kenntnisnahme in der Anlage zum Zuwendungsbescheid abgearbeitet war, muss nun von allen denen, die sich mit Projekten am Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ beteiligen wollen, unterschrieben und gestempelt werden müssen. So ist jetzt mit dem Zuwendungsbescheid des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Bundesprogramm beim Landkreis angekommen („Bestätigung“, siehe Kasten).

Das ist, was die Sätze 2 und 3 der so genannten Extremismusklausel betrifft, ein völlig undemokratisches Verfahren, das ist eine Verpflichtung zur Gesinnungsschnüffelei das ist weiter der Versuch, jahrelang bewährte Arbeitsbeziehungen zwischen Initiativen und Gruppen, die sich für Demokratie und gegen alle Formen des Rechtsextremismus einsetzen, zu entsolidarisieren.

Außerdem ist die Extremismusklausel, wie es in einem Gutachten von Prof. Ulrich Ballin von der Humboldt-Uni Berlin nachgewiesen wird, in den Auflagen im 2. und 3. Satz grundgesetzwidrig.

Leider sind die Verständigungsversuche der Landesregierung mit dem Ministerium zum Text gescheitert, haben keine Veränderungen erbracht. Deshalb ist weiterer Protest gegen dieses demokratiefeindliche Herangehen erforderlich, wie er bereits aus dem Netzwerk für lebendige Demokratie Oberhavel und aus dem Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt zu hören ist.

Ich habe bisher aktiv an der Vorbereitung der Teilnahme des Kreises Oberhavel an dem Programm mitgearbeitet, vor allem in der Steuerungsgruppe zur Erstellung des Lokalen Aktionsplanes Oberhavel. Unter den Bedingungen der Weiterexistenz dieser Klausel scheidet ich, wie ich dem Landrat mitgeteilt habe, aus diesen Aktivitäten aus. Natürlich werde ich mich weiter im Sinne des Lokalen Aktionsplanes für die breite demokratische Mitwirkung vor allem junger Leute bei der Gestaltung unserer Gesellschaft und für die Zurückdrängung rechtsextremer Tendenzen und demokratiefeindlicher Verhaltensweisen einsetzen.


Reiner Tietz